

Grosser Rat Aargau

Interpellation Thomas Burgherr, SVP, Wiliberg, vom 24.03.2015 betreffend Entwicklung der Arbeitsverhältnisse der kantonalen Staatsangestellten

Der Regierungsrat wird gebeten in Bezug auf die Staatsangestellten im Kanton Aargau folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich die Anzahl Angestellte des Kantons und der Gemeinden in den letzten 8 Jahren entwickelt, aufgeteilt nach Departementen und Politikbereichen?
2. Wie viele Gemeindeangestellte mussten infolge kantonalen Vorgaben und wie viele Kantonsangestellte infolge bundesrechtlicher Vorgaben eingestellt werden?
3. Wie entwickelten sich die Kosten für das Staatspersonal in den letzten 8 Jahren? Wie hat sich der Durchschnittslohn verändert, wie hoch war dieser im Jahre 2014?
4. Wie haben sich die Löhne auf den Kaderpositionen verändert?
5. In welchem Verhältnis stehen diese Entwicklungen zum BIP des Kantons Aargaus und zu den entsprechenden Löhnen in der Privatwirtschaft?
6. Wie viele Akademiker stehen auf der kantonalen Lohnliste? Wies sieht die diesbezügliche Entwicklung der letzten 8 Jahre aus?
7. In welchem Verhältnis stehen die Sozial- und Zusatzleistungen (beispielsweise PK-Leistungen, Ferien- und Freizeitregelungen, Elternurlaub, Homeoffice-Regelungen, Leistungsprämie für ausserordentliches Engagement etc.) des Staatspersonals zur Privatwirtschaft?
8. Wie viele Prozente der neu geschaffenen Stellen im Kanton Aargau (insgesamt) in den letzten 8 Jahren entfallen auf Staatsstellen und staatsnahe Institutionen?
9. Wie viele neue Staatsstellen sind geplant oder absehbar in den nächsten 3 Jahren?
10. Wie viele Ausländer arbeiten für den Kanton Aargau, die Gemeinden des Kantons und staatsnahe Institutionen? Wie viele davon sind Grenzgänger?
11. Wie viele Schweizer Bewerber gab es für diese Stellen?
12. Welche Massnahmen, respektive gesetzlichen Anpassungen müssten vollzogen werden, um beim Staatspersonal im Kanton Aargau einen Inländervorrang gemäss Bundesverfassung Art. 121a Abs. 3 durchzusetzen?

Begründung:

Einerseits ist es stossend, dass die Verwaltung und der Staat, und mit ihnen die Bürokratie und die Staatsausgaben ständig wachsen, andererseits die Anzahl Ausländer bei den Staatsstellen ebenfalls augenfällig zunimmt. Vielen Bürgern ist es nicht mehr wohl, dass beispielsweise in an sich bürgernahen Jobs wie in der Bildung oder im Gesundheitswesen immer mehr EU-Bürger arbeiten, welche sich nicht auf Schweizerdeutsch unterhalten können und die hiesigen Gepflogenheiten nicht kennen.

Im Kanton Aargau haben 55,2% der Stimmbevölkerung und 9 von 11 Bezirken am 9. Februar 2014 für eine Reduktion der masslosen Zuwanderung durch Kontingente und Inländervorrang gestimmt. Die eigenständige Steuerung der Zuwanderung durch Kontingente und Inländervorrang ist durch die Mehrheit von Volk und Ständen legitimiert inzwischen Teil unserer Bundesverfassung. Daher ist es nur logisch, dass der Kanton Aargau diesem Prinzip gerecht wird und Inländer gegenüber Ausländern bevorzugt, zumal diese Stellen durch Steuern von Inländern entrichtet finanziert werden.